



BESUCH IM AL-RAJAA-KRANKENHAUS, ALEPPO

Foto: Karin Leukefeld

„Sehen Sie hier, alles ist neu: das Wartezimmer, der Untersuchungsraum, die Intensivstation.“ Dr. Emile Katti ist Chefchirurg im Al-Rajaa-Krankenhaus in Aleppo. Die private Klinik wurde 2002 gegründet und wird vom Franziskanerorden unterstützt. Seit Beginn des Krieges waren die ÄrztInnen oft rund um die Uhr im Einsatz. Dr. Katti zeigt Bilder auf seinem Handy, mit dem die Operationen umfassend dokumentiert werden. Man sieht die Verletzungen vor, während und nach der Operation. Nicht immer konnten die Patienten gerettet werden.

Das Engagement von ÄrztInnen, Schwestern und Pflegepersonal sei bewundernswert, sagt Dr. Katti. Einmal gab es keine Blutreserven für die seltene Blutgruppe eines Patienten. Doch einer der Ärzte, der die gleiche Blutgruppe hatte, spendete auf der Stelle Blut, die Operation verlief erfolgreich.

**B**is Ende 2016 wurde die Klinik auch von einer deutschen kirchlichen Hilfsorganisation unterstützt. Anfang 2017 wurde die Hilfe abrupt eingestellt, erinnert sich Dr. Katti. Dabei hatte man gerade alle Voraussetzungen geschaffen, um ein Röntgengerät zu installieren, das von der Hilfsorganisation gespendet und über eine Medizintechnikfirma (in Deutschland)

geliefert worden war. Nun also zeigt Dr. Emile stolz die Umbauten: Modernes Design, sauber und hell, doch bisher konnte kein Patient untersucht werden. Das Gerät funktioniert nicht, weil die mitgelieferte Computer-Software unvollständig und/oder fehlerhaft ist. Die von der EU und den USA einseitig verhängten „wirtschaftlichen Strafmaßnahmen“ gegen Syrien verschärfen das Problem. Software darf nicht geliefert werden, ausländische Techniker werden nicht geschickt, syrische ExpertInnen haben zu Tausenden das Land verlassen.

**N**icht weit von der Al-Rajaa-Klinik entfernt lernen Kriegsversehrte in einem Zentrum für Behinderte laufen. Dem Zentrum, das mit Unterstützung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) unterhalten wird, ist eine Prothesenwerkstatt angeschlossen. Weil es keine Prothesentechniker (mehr) in Aleppo gab, wurde ein Experte eingeflogen, der zunächst Ausbildungskurse anbot, um junge AleppinerInnen umzuschulen. Inzwischen werden in der Werkstatt die eigenen Prothesen hergestellt, angepasst und mit den Patienten wird trainiert. Weil die Lieferung von Gehhilfen aufgrund der von der EU und den USA einseitig verhängten „wirtschaftlichen Strafmaßnahmen“ gegen Syrien bis zu einem Jahr dauert, begann man die Gehhilfen selber zu produzieren.

„Enthält ein Produkt oder ein Bestandteil des Produkts mehr als zehn Prozent Material, das in den USA lizenziert ist, darf es nicht an Syrien geliefert werden“, erläutert ein Lieferant für orthopädische Produkte in Damaskus, der seinen Namen nicht

nennen möchte. Das gleiche gelte für medizinisches Zubehör für Operationen, für Dialysegeräte, Röntgengeräte, für die Chemotherapie. Und wenn doch etwas geliefert werden könnte, müssen Formulare, so genannte „Endabnehmer-Zeugnisse“ ausgefüllt und die Bezahlung akzeptiert werden. Ist der Endabnehmer der Staat oder ein staatlich geführtes Krankenhaus oder eine staatliche Firma, die Krankenhäuser ausstattet, wird der Auftrag abgelehnt. Bei der Bezahlung gibt es ebenfalls Probleme, sagt der Lieferant: „Deutsche Banken weisen Zahlungen aus Syrien zurück, selbst wenn aus dem Libanon oder aus den Golfstaaten überwiesen wird. Ist die Ware, die bezahlt werden soll, für Syrien bestimmt, wird das Geld zurückgewiesen.“

Die einst gut und weitgehend staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung in Syrien ist nicht nur Opfer der militärischen Konfrontationen geworden, sie ist auch ein Opfer der seit 2011 von der EU und den USA verhängten „einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen“ geworden. In einem von der UN-Kommission für Wirtschaft und Soziales in Westasien (ESCWA) in Auftrag gegebenen Untersuchung über die „Humanitären Folgen der einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen“ gegen Syrien werden die Sanktionen als die „kompliziertesten und weitreichendsten Sanktionsmaßnahmen“ bezeichnet, „die jemals verhängt wurden“. Jeder Syrer und jede Syrerin sei betroffen, Regierung und Hilfsorganisationen würden in der Ausübung ihrer humanitären Verpflichtungen behindert. Unter den acht Punkten, die in dem Bericht als besonders besorgniserregend



DR. EMILE KATTI VOR DEM AL-RAJAA-KRANKENHAUS IN ALEPPO, OKTOBER 2017

Foto: Karin Leukefeld

gend genannt werden ist, dass der Privatsektor (besonders Banken und Exporteure der westlichen Welt) kaum humanitäre Güter nach Syrien lieferten. Der Grund sei die Gefahr, gegen die Sanktionen zu verstoßen und finanziell bestraft zu werden. Ein weiterer Punkt sei, dass viele medizinische Geräte heute computergesteuert seien und entsprechende Software benötigten. Die komplizierte und langwierige Genehmigungsprozedur schwäche die gesamte Gesundheitsversorgung. Die Sanktionen behinderten de facto auch dringend notwendige Reparaturen im Bereich von Transport, Kommunikation, Krankenhäusern, Wasser- und Stromversorgung und beim Häuserbau. Darauf angesprochen, erklärte eine EU-Sprecherin lediglich, es läge nicht an den Sanktionen, wenn Firmen sich aus dem Geschäft mit Syrien zurückgezogen hätten. Gründe seien „Sicherheit, der Firmenruf, wirtschaftliche Erwägungen, Maßnahmen gegen Geldwäsche“.

**D**er UN-Sicherheitsrat hat die Sanktionen gegen Syrien nie unterstützt. Die UNO-Vollversammlung hat im Dezember 2013 in der Resolution A/RES/68/200 Sanktionen gegen ein Entwicklungsland explizit zurückgewiesen. Vor dem Krieg war Syrien zwar aufstrebend, aber ein Entwicklungsland und stand 2010 auf dem Index der menschlichen Entwicklung (UNDP) von 188 Staaten auf Platz 149.

Syrische Geschäftsleute haben täglich mit der restriktiven Sanktionspolitik gegen ihr Land zu kämpfen. Aban N., der mit seinem Bruder, einem Apotheker, eine pharmazeutische Firma leitet, lieferte vor dem

Krieg Insulin für Diabetiker und Krebsmedikamente. Heute warteten Krebspatienten, Diabetiker und Nierenkranke „in langen Schlangen auf Medikamente“, sagt er mir in Damaskus. Das sei „entwürdigend.“

**W**eil sie die notwendigen Medikamente nicht mehr aus Europa einführen konnten, haben die Brüder sich „kriegsbedingt“ auf die Behandlung von Explosionen und Verbrennungen spezialisiert. „Die PatientInnen haben einen Teil ihrer Haut, haben Gewebe verloren. Sie wurden nicht steril behandelt oder operiert. Die Wunden infizierten sich und mussten wieder geöffnet und neu behandelt werden.“ Seine Firma importiert Bestandteile, die für die speziellen Medikamente gebraucht werden: Alkohol, Cremes, Öle, Pasten, Gallertmasse, Vaseline, zählt er auf. Importieren könnten sie aus der Tschechischen Republik und aus den Niederlanden, die Firmen seien sehr hilfsbereit und kooperativ gewesen: „Wir konnten Leben, Gliedmaßen retten. Und wenn amputiert werden muß, können wir die Wunden gut heilen.“

**S**ind sie tapfer?, fragt Aban N., als er auf seinem Handy Bilder von einigen Verletzungen aufruft, die sie behandelt haben. Zu sehen sind klaffende Fleischwunden, verursacht durch Mörsergranaten, Explosionen, Gewehrkugeln. Die jüngste Patientin auf den Bildern ist vier Jahre, sie verlor ein Bein und ihr kleiner Körper zeigt eine große offene Wunde an ihrem Unterleib. Sie überlebte die Infektionen, Operationen und Hauttransplantationen. Die orthopädische Behandlung mit einem neuen Bein soll folgen. Dem fünfjährigen Mousa zer-

trümmerten Gewehrkugeln die Hüfte, die Blase und kamen auf der anderen Seite des Körpers wieder heraus, wo sie seine Hand durchschlugen. Mousa überlebte die Infektionen nicht. Die 17jährige Sumayya verlor ein Bein durch Mörsergranaten, der 21jährige Haydar wurde von einer Mörsergranate getroffen und verlor Gewebe und Haut an beiden Oberschenkeln. Doch auch diese Wunden konnten behandelt, die Entzündungen geheilt und Hauttransplantationen vorgenommen werden.

**Ein Nachtrag:** Die EU-Sanktionen richten sich offiziell gegen das syrische „Regime“, Einzelpersonen und Organisationen, denen im Zusammenhang mit dem Krieg die Unterdrückung der Bevölkerung vorgeworfen wird. Am 3. April 2017 gab der Europäische Rat eine Erklärung zu seiner Syrien-Strategie ab: [bit.ly/2BDeq3x](http://bit.ly/2BDeq3x)

Unter Punkt 2 heißt es: „Die EU wird weitere restriktive Maßnahmen gegen Syrien in Betracht ziehen, solange die Repressionen anhalten. Die EU erinnert daran, dass es unter dem derzeitigen Regime keinen dauerhaften Frieden in Syrien geben kann.“

**ESCWA-Studie: Humanitarian Impact of Syria-Related Unilateral Restrictive Measures** [antikrieg.com/aktuell/un\\_study\\_syria.pdf](http://antikrieg.com/aktuell/un_study_syria.pdf)



Karin Leukefeld ist freie Journalistin, Buchautorin, Nahost-Expertin und berichtet derzeit aus Aleppo und Damaskus.